

Wahl-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wahl-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2.00 Reichsmark, das Abonnement 1.80 Reichsmark, das 6 bis 12 Monate 1.50 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Einmalige Anzeigen-Preise sind im Anhang. Die Anzeigen werden nach Einzelziffern berechnet; die Ziffer 0.25 Reichsmark.

Sie Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Halle'schen Zeitung“ erscheinen, bekommen Ermäßigung. Derzeitige Preis 1.00 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Einzelziffern berechnet; die Ziffer 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.



Der neue portugiesische Botschafter in Berlin, Dr. Fariaira d'Almeida

Der neue portugiesische Botschafter in Berlin, Dr. Fariaira d'Almeida wurde zum Geschäftsträger der Republik Portugal in Berlin ernannt.

Im Prozeß gegen die hannoverschen Kommunisten wurden die Angeklagten Klauß und Ringel wegen Verstoß gegen das Verbotsgesetz, gegen das Sprengstoffgesetz und wegen unbefugten Waffensbesitzes zu 6 bzw. 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Vor Abstimmung über die Locarnoverträge hat der Reichstag auf Antrag des Ausschusses für die Rechtsangelegenheiten der Reichsbahn beschloffen, die Reichsregierung zu erlauben, unermittelt auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft einzutreten, daß der Personalabbau bei der Reichsbahn für 1926 nicht erfolgt.

Gestern abend protokolliert in Berlin 4 Kartellbesitz, Eisenbahnervereinigungen gegen den neuen Personalabbau bei der Reichsbahn. In der Versammlung in Rummelsburg wurde mitgeteilt, daß innerhalb 3 Monaten allein im Direktionsbezirk Berlin rund 3000 Eisenbahner zum neuen Abbau kommen sollen. In der Sitzung der Berliner Gewerkschaften wurde mitgeteilt, daß auch in den übrigen Reichsbahnbetrieben mit weiterem Abbau zu rechnen ist. Im Bezirk Berlin ist bereits einer größeren Zahl Arbeiter der Telegrafendirektion verabschiedet.

Die Organisationsvorstände des Einheitsverbandes der Eisenbahner, des Deutschen Verkehrsverbandes, des Gewerkschafts- und Staatsarbeiterverbandes und der Reichsgewerkschaft der Kommunisten haben in einer gemeinsamen Konferenz beschlossen, für ihre Organisationsbereiche ein Schuß- und Trugpönbündnis zu bilden.

Die Kaiserliche Ständeverordneten stimmten der Gründung einer Stadterweiterungsgesellschaft in Verbindung zwischen den Städten Jünder und Mero Cloud sowie dem Ausbau des Flugplatzes in Rummelsburg zu. Zu diesem Zweck wurden 1 600 000 Mark bewilligt.

Die bayerische Landesbauernkammer hat einen Antrag an die Reichsregierung und die bayerische Landesregierung erlassen, in dem die maßgebenden Stellen zu energischen Maßnahmen gegenüber der katastrophalen Notlage der Landwirtschaft aufzufordern werden.

Die Stimmung in der Bauernschaft ist so erregt, daß die Regierungen angehalten sind, außerordentlichen Entschloß der Lage geradezu gewarnt werden müßten, noch weitere Züge vertriehen zu lassen, ohne gründliche Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Der ungarische Außenminister gab gestern in der Kammer die Erklärung ab, daß die Regierung beschlossene, mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen.

Die griechische Regierung ist benachrichtigt worden, daß die mit der Unterdrückung des bulgarisch-griechischen Zwischenfalls beauftragte Militärkommission eine Entschädigung Bulgariens durch Griechenland, und zwar Zahlung von 85 000 Pfund Sterling an die geschädigten bulgarischen Familien und von 57 000 Pfund Sterling an den bulgarischen Staat verlangt.

Die mexikanische Regierung hat den Einbruch der Vereinigten Staaten gegen das Gesetz über den Verbot des Landverkehrs durch Ausländern abgelehnt. Mexiko bereitet ein zweites Gesetz vor, das die Einleitung der Landverträge von Ausländern untersagen soll. Man rechnet mit einer Verhängung der Kräfte zwischen Mexiko und der Union.

Annahme der Locarno-Verträge.

Horror vacui.

Der horror vacui, die Angst vor dem leeren Raum, spielte einst in der mittelalterlichen Naturwissenschaft eine große und geheimnisvolle Rolle. Wir haben diese Angst belächelt und richtigstellen gelernt. Jetzt taucht sie auf einem neuen Gebiet auf; in der Politik. Wann werden wir sie überwinden?
Horror vacui und weiter nichts war es, was gestern im Reichstag herrschte. Keine Partei — es sei ausdrücklich festgesetzt: keine einzige Partei — war mit dem in Locarno Erreichten einverstanden. Aber keine hatte geschrien und gefurornt, was man bei Ablehnung an die Stelle setzen könne. Der Opposition fehlte ein ausgearbeitetes und überzeugendes Programm. Die Reichsregierung konnte sagen: „Alles oder nichts“ und die Angst vor dem Nichts, dem horror vacui, hat geliegt.
Die Parteien legten noch einmal ihre Auffassungen dar. Die ungelöste Frage: was wird bei Ablehnung? und nicht die Gemisheit des Erfolges gab den Ausschlag. Die allgemeine Unberuhigung kam in dem Antrag der Mittelparteien zum Ausdruck, die Regierung solle sich mit aller Kraft um Erweiterung der Rückwirkungen bemühen; die allgemeine Unsicherheit und der horror vacui sprachen aus dem Sinnhalten der Deutschnationalen bei dem Antrag der Völkischen und Kommunisten, die Verkündung des Gesetzes auf zwei Monate auszusetzen.

Eine papieren Verfassungsbestimmung?

Interessant ist und wird vielleicht noch die Rechtsfrage, ob die Gesetzesvorlage als verfassungswidrig oder als Zweidrittelmehrheit bedarf. Die Reichsregierung meint sie, geht auf ein Gutachten des Reichsjustizministeriums, und die einfache Reichstagsmehrheit billigt diesen Standpunkt. Praktisch ist damit die Frage vorläufig erledigt. Denn wenn auch die Verfassungsfrage eine Oberinstanz für Verfassungsauslegung vorliegt, ist nicht ersichtlich, was geschehen sollte, wenn nach Antragsfällen der internationalen Abmachungen nachträglich festgestellt werden sollte, daß Zweidrittelmehrheit notwendig ist und diese sich so wenig wie jetzt findet.

Das zeigt, daß die Vorwürfe der Reichsregierung, daß zu verfassungswidrigen Zweidrittelmehrheit nötig ist, praktisch wertlos ist; die einfache Mehrheit entscheidet: sie liegt kein verfassungswidriges Gesetz vor und legt damit die Verfassungsdiskussion über Zweidrittelmehrheit außer Anwendung. Ironisch, aber nicht ganz unrichtig bemerkte der völkische Führer v. Graefe, daß dann ja auch eines Tages die Bismarck'sche Verfassung mit einfacher Mehrheit wieder eingeführt werden könne. Eine wichtige Ergänzung zu dieser Frage ist auch die von Graf Westarp namens der Deutschnationalen abgegebene Erklärung, daß die Deutschnationalen die bindende Kraft des Gesetzes mangels Zweidrittelmehrheit nicht anerkennen.

Die Abstimmungen.

1. Zunächst wird namentlich abgestimmt über den Artikel 1, der die Zustimmung zu den Locarnoverträgen enthält. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Völkischen, die Kommunisten und die der Wirtschaftspartei angehörenden Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung. Artikel 1 wird mit 300 gegen 174 Stimmen angenommen.
2. Danach schließt sich die Abstimmung über den deutschnationalen Änderungsantrag zu Artikel 2, wonach für den Eintritt des Locarno in den Bamberger ein besonderes Gesetz erforderlich sein soll. Der Antrag wird mit 284 gegen 183 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.
3. Es folgt dann die namentliche Abstimmung über Artikel 2, der den Beitritt zum Völkervertrag auspricht.
4. Artikel 2 wird mit 278 gegen 183 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.
5. In einfacher Abstimmung stimmt das Haus dann auch dem Artikel 3 der Vorlage zu, wonach das Gesetz an dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft tritt.
6. Es folgt die namentliche Schlussabstimmung über den Locarnovertrag. Sie ergibt die Annahme des Gesetzes mit 291 gegen 174 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Dagegen

stimmen die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Völkischen und die Wirtschaftspartei.

Präsident Eöbe stellt fest, daß eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht sei. Er betont aber, daß er damit zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes keine Stellung nehme.

6. Angenommen wird die Enthaltung der Mittelparteien. Sie lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, mit allen Kräften bemüht zu sein, bis zum Eintritt Deutschlands in den Bamberger ein dem Sinne des Vertragswerts von Locarno entsprechendes Erweiterung der gegen Rückwirkungen zu sichern.“ Gegen die Enthaltung stimmen nur die Kommunisten, die Völkischen und die Deutschnationalen.

7. Das Haus geht dann über zur namentlichen Abstimmung über den völkischen Antrag, die Verkündung des Gesetzes um zwei Monate auszusetzen. Die Deutschnationalen enthalten sich dabei der Abstimmung.
Die Abstimmung ergibt 64 Stimmen dafür und 308 Stimmen gegen den Antrag. 109 Völkische haben sich enthalten. (Gebelfas hört! hört! bei den Kommunisten.)

Präsident Eöbe stellt fest, daß das erforderliche Drittel nicht erreicht sei.

8. Der völkische Mißtrauensantrag wird in einfacher Abstimmung gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt; der kommunistische Antrag ist damit erledigt.

9. Es wird dann die namentliche Abstimmung über das reformierte Mißtrauensvotum der Deutschnationalen vorgenommen. Dafür stimmen mit den Antragstellern nur die Völkischen. Die Kommunisten und die Wirtschaftliche Vereinigung enthalten sich der Abstimmung.

Das Mißtrauensvotum wird mit 285 gegen 171 Stimmen bei 61 Enthaltungen abgelehnt. Vgl. Stöcker (komm.) erklärt nachträglich, daß das deutschnationalen Mißtrauensvotum sich bereits und absichtlich auf die Mißbilligung der Außenpolitik beschränkte. Es enthält daher indirekt eine Billigung der Innenpolitik des Kabinetts Luther. Aus diesem Grunde hätten die Kommunisten Stimmenhaltung geliebt.

Damit ist die Locarnovorlage endgültig erledigt.

Protestkundgebungen gegen Locarno

Die Kommunistische Partei hatte gestern mittags ihre Mitglieder in Berlin zu einer Kundgebung gegen die Annahme der Locarnoverträge zu Landtagen zusammengerufen. Gegen 1/2 Uhr wurde eine 10 000 Mann starke Versammlung, die bald die Locarno-Verträge ablehnen, die Kundgebung begann mit einer erheblichen Versammlung, die die angeklagten Redner, den ehemaligen Reichsstaatssekretär, darunter auch ein aus Ausland zurückgekehrter Clara Zetkin, infolge ihrer Tätigkeit im Reichstage nicht erscheinen konnten. An ihrer Stelle traten mehrere Landtagsabgeordnete das Wort, wonach die Kundgebung ohne Zutritt nach Ende ging.

Die Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten.

Reichskanzler Dr. Luther wird heute vormittag dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der gestrigen Reichstags-Sitzung Bericht erstatten und ihm gleichzeitig das juristische Gutachten unterbreiten, wonach es sich bei dem fernern von der Volkvertretung angenommenen Gesetze nicht um ein verfassungswidriges Gesetz handelt, das eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages erfordere. Wie verlautet, ist nicht daran zu zweifeln, daß Reichspräsident von Hindenburg das Gesetz unterzeichnen wird.

Die Abreise der deutschen Delegation wird, wie die Blätter melden, am Sonntag mit dem sehr planmäßigen Zuge erfolgen.

Londoner Vorbereitungen.

Wie zuverlässig aus London verlautet, wird der König die Delegierten am ersten Dezember nachmittags in Audienz empfangen. Chamberlain wird den Delegierten am selben Abend ein Essen im Lancasterhouse geben, während der Premierminister den Delegierten am Mittwoch, dem 2. Dezember abends ein Essen im Downing Street 10 geben wird. Beide Essen werden einen außerordentlich charakt. haben.

Die Würfel sind gefallen. Was nun?

Die Mehrheit hat Locarno angenommen und die Mehrheit entscheidet. Nun gilt es, die daraus sich ergebenden neuen Aufgaben auf ausnehmend innewohnliches Gebiet zu erkennen und trotz- und zu lösen zu versuchen.

Auf außenpolitischem Gebiet

erwachen drei große Hauptaufgaben: Es muß mit allem Nachdruck dahingewirkt werden, daß nunmehr die erwarteten Rückwirkungen eintreten.
Der hoffnungsvolle Locarno-Anhänger wird angeben, daß Frankreich in dieser Hinsicht nicht Bundesgenosse, sondern Gegner ist. Denn Frankreich ist es doch und niemand anders, der die Rückwirkungen verzögert und ausbleiben läßt. Dies gilt umso mehr, als Frankreichs Regierungswirtschaftliche selbst dann völlig am Laufen bleiben, wenn es Briand gelingen sollte, ein Kabinett zu bilden. Die Lage bleibt ernst, der innere Druck muß einwirken infolge der Preissteigerungen und Finanzschwierigkeiten und damit, wodurch die Gefahr eines Rechtsstillstandes. Man darf ja nicht übersehen, daß die entscheidende Macht in Frankreich nicht das Parlament, sondern das Meer ist. Dieses wehrt sich aber naturgemäß gegen die Schiedsverträge, und es ist kaum zu erwarten, daß es beherrschend Teil des Offizier- und Unteroffizierkorps bringen können.

Wir brauchen also für die Rückwirkungen nach wie vor Bundesgenossen gegen Frankreich. Da bietet sich dem Volk zunächst unter zweier Vertragsgeneren England dar. Die Engländer haben in ihrer Gefährdung durch Frankreichs Flugzeuge, U-Boote und weittragende Geschütze einen sehr tiefen Grund, aus Frankreichs Abrüstung zu drängen; aber leider keinen kritischen Grund, auf Bekämpfung der Rückwirkungen, besonders der Stillsetzung der Seelenleistungen zu drücken.

Außerdem brauchen sie gerade jetzt Frankreichs Unterstützung mehr denn je in Kleinasien, lo daß es für sie zweckmäßig ist, den Franzosen genau wie bisher Zugeständnisse am Rhein zu machen. Zutritt während die Vermutung der Gesamtregierung in ihrer Gefährdung durch Frankreichs Flugzeuge, U-Boote und weittragende Geschütze einen sehr tiefen Grund, aus Frankreichs Abrüstung zu drängen; aber leider keinen kritischen Grund, auf Bekämpfung der Rückwirkungen, besonders der Stillsetzung der Seelenleistungen zu drücken.

Das das waffenstarrende Krieg verfeindete Italien nicht geeignet ist, sich für Frankreichs Abrüstung einzusetzen, ist selbstverständlich. Es bliebe nur Amerika. Das hat aber an Frankreichs Abrüstung noch nur ein indirektes, finanzpolitisches Interesse. Die Räumungsjahre, in denen können den Amerikanern nahezu gleichgültig sein, sie sind von jenseits des Ozeans gesehen nebenfalls Kleinigkeiten und könnten bei ein wenig finanzieller Regung auch als rechtliche Quangelien empfunden werden. Unsere Regierung und die Locarnoparteien haben daher für eine erfolgreiche Politik der Rückwirkungen herzlich wenig Trümper in der Hand. Hoffen wir, daß sie bereits Mittel und Wege sehen, welche Trümper sie schaffen.

Die zweite außenpolitische Hauptaufgabe ist, zu verhindern, daß Deutschland durch Locarno zum Gegner Russlands wird. Der Vorkämpfer ist dabei die Erwägung, daß England aus innerpolitischen Gründen gar nicht in der Lage ist, gegen Russlands Krieg zu intervenieren. Es ist auf die Erfahrungen, die man 1914 mit den Antisparteien aller Länder gemacht hat, was ich trotz der Verdrängung der inneren Gegensätze in England diese Hoffnung nicht zu teilen, da England so gar nicht mit den Verbänden vorzugehen braucht, und da ein Krieg mit Russland ihm die vielleicht sehr willkommenen Gelegenheiten bieten würde, für seine 12 Millionen Arbeitslose Arbeit zu bekommen. Das Verstehe mir zwar als finanziell unheimlich erfinden, aber das Verstehe mir ja auch finanziell unheimlich.

Die Kernfrage bleibt, ob England dem Krieg mit Russland überhaupt ausweichen kann, ohne sein asiatisches und Kleinasien-nordafrikanisches Kolonialreich zu verlieren. Auch den größten Deutschen Englands muß das sehr unangenehm sein. Denn ist die Kriegsgefahr ungewöhnlich groß und damit die Gefahr, daß Deutschland — nach Locarno auf Seiten Englands und Frankreichs — mit hineingezogen wird.

Welche Trümper unsere Reichsregierung in der Hand hat, um einem dahingehenden Druck Englands und Frankreichs zu begegnen, ist nicht bekannt. Die Beziehungen zu Mussolini, der darin vielleicht ein den unteren entsprechenden Interesse haben könnte, waren bisher nicht erkennbar freundlich. Das Amerika ist zu Gunsten unterer Neutralität zu stellen würde, ist ein sehr unangenehm. Eine solche Hoffnung würde daher vermutlich ein so schlechtes Unterliegen Russlands sein, daß wir gar nicht erst in den Krieg einzutreten brauchten. Aber in diesem Falle würden wir nur die Feindschaft durch ein Verstehen mit seinen Offizieren, oder allen nicht die Rückgewinnung besserer Objekten, die an sich bei einer Niederlage Russlands durch die Möglichkeit einer Entschädigung Volens mit russischem Gebiet zu leisten müßte.

